

Abstimmverhalten der schleswig-holsteinischen Landesregierung

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/5579

anlässlich der
941. Sitzung des Bundesrates
am 29. Januar 2016

Angaben ohne Gewähr – es gelten die Beschlussdrucksachen des Bundesrates [Link](#)

Ergänzend zu den nachfolgenden Angaben wird auf das [Plenarprotokoll](#) verwiesen.

1. GrüLi Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die **Anerkennung von Berufsqualifikationen** und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems ("**IMI-Verordnung**") für bundesrechtlich geregelte Heilberufe und andere Berufe G

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 1/16
Drucksache 1/1/16

Die Landesregierung stimmte dem Gesetz zu. Darüber hinaus hat sie das Fassen einer Entschließung unterstützt.

2. a) Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (**Datenaustauschverbesserungsgesetz**) In

gemäß Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6, Artikel 91e
Absatz 3 und Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 25/16

Die Landesregierung stimmte dem Gesetz zu.

2. GrüLi b) Verordnung über die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (**Ankunfts-nachweisverordnung - AKNV**) In

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 6/16
Drucksache 6/1/16

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt. Darüber hinaus hat sie das Fassen einer Entschließung unterstützt.

3. Erstes Gesetz zur Änderung des **Wissenschaftszeitvertragsgesetzes** K

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 2/16

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

4. a) Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über **alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten** und zur Durchführung der Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten R

GrüLi

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 3/16

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

4. b) Verordnung über Informations- und Berichtspflichten nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (**Verbraucherstreitbeilegungs-Informationspflichtenverordnung - VSBIInfoV**) R
Wi

GrüLi

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 530/15

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

5. Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung von verbraucherschützenden Vorschriften des **Datenschutzrechts** R

GrüLi

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 4/16

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

6. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches -Strafbarkeit des Verbreitens und Verwendens von **Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen** bei Handlungen im Ausland

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Beitritt Bremen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 27/16

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

7. Entschließung des Bundesrates zur Einstufung weiterer Staaten als **sichere Herkunftstaaten**

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 23 Absatz 3 i.V.m. § 15 Absatz 1 und § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 16/16

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

8. Entschließung des Bundesrates für ein effizientes, ökologisches, verbraucherfreundliches und bürgernahes **Wertstoffgesetz**

U
In
Wi

Antrag der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bremen, Niedersachsen
Drucksache 610/15

Die Landesregierung hat das Fassen der Entschließung unterstützt.

9. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des **Düngegesetzes** und anderer Vorschriften

AV
Fz
G
U

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 629/15
Drucksache 629/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über **Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse**

AV
FJ
Fz
G
Wi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 630/15
Drucksache 630/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

11. Entwurf eines Gesetzes zur **Modernisierung des Besteuerungsverfahrens**

Fz
In
R
Wi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 631/15
Drucksache 631/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

12. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Bundesstatistikgesetzes** und anderer Statistikgesetze

In
Fz
U
Wi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 632/15
Drucksache 632/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

13. Entwurf eines Gesetzes zur **Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 655/2014** sowie zur Änderung sonstiger zivilprozessualer Vorschriften (EuKoPfVODG) R
Wi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 633/15
Drucksache 633/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

14. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/26/EU über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt sowie zur Änderung des Verfahrens betreffend die Geräte- und Speichermedienvergütung (**VG-Richtlinie-Umsetzungsgesetz**) R
AV
K
Wi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 634/15
Drucksache 634/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates Überwiegend unterstützt.

15. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der prüfungsbezogenen Regelungen der Richtlinie 2014/56/EU sowie zur Ausführung der entsprechenden Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 im Hinblick auf die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (**Abschlussprüfungsreformgesetz - AReG**) R
Wi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 635/15

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

16. Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. April 2015 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der **Tschechischen Republik** über die **polizeiliche Zusammenarbeit und** zur Änderung des Vertrages vom 2. Februar 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die **Rechtshilfe in Strafsachen** vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung In

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 636/15

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

17. Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 24. Oktober 2014 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem **Königreich der Niederlande** über die **Nutzung und Verwaltung des Küstenmeers** zwischen 3 und 12 Seemeilen Vk

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 637/15

Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

18. Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenversicherungsbericht 2015)
und
Gutachten des Sozialbeirats zum **Rentenversicherungsbericht 2015**

AIS
FJ

gemäß § 154 Absatz 1 Satz 1 und 3 SGB VI
Drucksache 585/15
Drucksache 585/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

19. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur **Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit** im Euro-Währungsgebiet
COM(2015) 601 final

EU
AIS
Fz
Wi

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 503/15
Drucksache 503/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

20. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Arbeitsprogramm der Kommission 2016 - "Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual"
COM(2015) 610 final

EU
AIS
AV
FJ
Fz
G
In
K
R
U
Vkl
Wi

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 510/15
Drucksache 510/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

21. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein **Programm zur Unterstützung von Strukturreformen** für den Zeitraum 2017 - 2020 und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1303/2013 und (EU) Nr. 1305/2013
COM(2015) 701 final

EU
AV
Fz
R
Wi

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 583/15
zu Drucksache 583/15
Drucksache 583/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates nicht unterstützt.

22. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Jahreswachstumsbericht 2016 - Die wirtschaftliche Erholung konsolidieren und die Konvergenz fördern
COM(2015) 690 final

EU
AIS
FJ
Fz
In
K
Wi

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 581/15
Drucksache 581/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

23. Grünbuch der Kommission über **Finanzdienstleistungen für Privatkunden**:
Bessere Produkte, größere Auswahl und mehr Möglichkeiten für Verbraucher und Unternehmen
COM(2015) 630 final

EU
AV
Fz
In
R
Wi

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 617/15
Drucksache 617/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

24. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die **Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems**
COM(2015) 586 final

EU
Fz
Wi

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 640/15
zu Drucksache 640/15
Drucksache 640/1/15

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates nur teilweise unterstützt.

25. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG des Rates über die **Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen**
COM(2015) 750 final; Ratsdok. 14422/15

EU
AV
In

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 584/15
zu Drucksache 584/15
Drucksache 584/1/15

Die Landesregierung hat von der Vorlage Kenntnis genommen.

- 26.** Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur **Terrorismusbekämpfung** *EU
In
R*
COM(2015) 625 final

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 643/15
zu Drucksache 643/15
Drucksache 643/1/15

Die Landesregierung hat von der Vorlage Kenntnis genommen. Darüber hinaus hat sie eine Erklärung zu Protokoll gegeben (Anlage).

- 27.** Verordnung über Vorrechte und Immunitäten der Organisation für **Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa** (OSZE) *AA
Fz*
GrüLi

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 626/15

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

- 28.** Dritte Verordnung zur Änderung von Vorschriften zur Durchführung des gemeinschaftlichen **Lebensmittelhygienerechts** *AV
G*

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 605/15
Drucksache 605/1/15

Die Landesregierung hat der Verordnung nach Maßgaben nicht zugestimmt. Darüber hinaus hat sie das Fassen einer Entschließung unterstützt.

- 29.** Verordnung zur Festsetzung der **Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage** *Fz
In*
nach § 6 Absatz 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2016
GrüLi

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 638/15

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

- 30.** Vierzehnte Verordnung zur Änderung der **Arzneimittelverschreibungsverordnung** *G
AV*
GrüLi

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 618/15

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

- 31.** Neunte Verordnung über Änderungen der Anlage des Internationalen Übereinkommens von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den **Wachdienst von Seeleuten** Vk
K
GrüLi
- gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 602/15
- Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.
- 32.** Fünfte Verordnung zur Änderung der **Transeuropäischen-Eisenbahn-Interoperabilitätsverordnung** Vk
GrüLi
- gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 611/15
- Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.
- 33.** Achte Verordnung zur Änderung **gefahrenrechtlicher Verordnungen** Vk
A/S
U
GrüLi
- gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 619/15
- Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.
- 34.** Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Neuregelung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Wohngeldgesetzes (**Wohngeld-Verwaltungsvorschrift 2016 - WoGVwV 2016**) Wo
A/S
AV
R
GrüLi
- gemäß Artikel 85 Absatz 2 GG
Drucksache 628/15
- Die Landesregierung hat der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zugestimmt.
- 35.** Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Umweltschutz auf Kommissions- wie auf Ratsebene - Themenbereich: **Luftreinhaltung außerhalb des Verkehrsbereichs; VOC**) EU
U
GrüLi
- gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bundesländer-Vereinbarung
Drucksache 491/15
Drucksache 491/1/15
- Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.
- 36.** Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (**Beratende Gruppe der Kommission zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF Advisory Group)**) EU
K
GrüLi
- gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bundesländer-Vereinbarung
Drucksache 615/15
Drucksache 615/1/15
- Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.

- 37.** Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für den **Ausschuss für Maschinen / Arbeitsgruppe Maschinen** (Richtlinie 2006/42/EG) *EU
AIS*

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 5/16
Drucksache 5/1/16

Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.

- 38.** Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des **Stiftungsrates der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge** *In*

gemäß § 20 Absatz 3 Häftlingshilfegesetz
Drucksache 625/15
Drucksache 625/1/15

Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag zugestimmt.

- 39.** Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den **Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

gemäß § 5 BEGTPG
Antrag des Landes Berlin
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 644/15

Die Landesregierung hat dem Benennungsvorschlag in sofortiger Sachentscheidung zugestimmt.

- 40. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht** *R*

Drucksache 8/16

Die Landesregierung hat sich zu dem Verfahren nicht geäußert und ist nicht beigetreten.

- 41. ... Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuer-
ereinhalts in der Seeschifffahrt** *Fz*

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 35/16

Die Landesregierung stimmte dem Gesetz zu.

42. Entschließung des Bundesrates zur vollständigen **paritätischen Finanzierung von Krankenversicherungsbeiträgen**

Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Brandenburg,
Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,
Thüringen, Beitritt **Schleswig-Holstein**
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 40/16

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

43. Entschließung des Bundesrates zum Erhalt des **Vertrauensschutzes bei bestehenden Anlagen zur industriellen **Erzeugung von Eigenstrom****

Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen,
Beitritt Bayern, Thüringen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 34/16

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

44. Benennung von Vertretern und Stellvertretern des Bundesrates im **Mittelstandsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau**

GrüLi

gemäß § 7a Absatz 1 KredAnstWiAG
Antrag der Freien Hansestadt Bremen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 33/16

Die Landesregierung hat den Benennungsvorschlägen in sofortiger Sachentscheidung zugestimmt.

45. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des **Wettbewerbs im Eisenbahnbereich**

GrüLi

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 3 GG
Drucksache 22/16
Drucksache 22/1/16

Vk
R
U
Wi

Die Landesregierung stimmte dem Antrag auf Fristverlängerung zu.

Protokollerklärung

der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, ...

Bremen, Thüringen
und Schleswig-Holstein

zu Punkt 26 der Tagesordnung

**(Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur
Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur
Terrorismusbekämpfung, COM(2015) 625 final BR-Drs. 643/15)**

(941. Bundesratssitzung am 29. Januar 2016)

Die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, ^X begrüßen den Richtlinienvorschlag als entschlossene und gemeinsame Reaktion der EU auf die aktuellen Bedrohungen durch den grenzüberschreitenden Terrorismus und das mit der Richtlinie verfolgte Ziel der effektiven Verfolgung terroristischer Straftaten. Eine Harmonisierung der strafrechtlichen Vorschriften ist geboten, um eine einheitliche strafrechtliche Verfolgung und Sanktionierung terroristischer Straftaten in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen zu gewährleisten.

Es wird jedoch im Hinblick auf Art. 9 des Richtlinienvorschlags darauf hingewiesen, dass das deutsche Strafrecht mit §§ 89a, 89b StGB bereits Vorschriften enthält, die Auslandsreisen in Krisengebiete in terroristischer Absicht unter Strafe stellen. Diese Vorschriften ermöglichen eine effektive Strafverfolgung. Ein Bedürfnis für eine rechtspolitisch bedenkliche weitergehende Ausdehnung der Strafvorschriften in das Vorfeld einer Rechtsgutsverletzung, wie sie Art. 9 des Richtlinienvorschlags vorsieht, besteht nicht.

Auch wird in Bezug auf Art. 9 des Richtlinienvorschlags ferner zu bedenken gegeben, dass eine über das gegenwärtige deutsche Strafrecht hinausgehende Ausdehnung der Strafbarkeit von Auslandsreisen für die Strafverfolgungsbehörden zu einem nochmals deutlich erhöhten Ermittlungsaufwand führen würde. Angesichts des kaum zu führenden Nachweises der gerade zu terroristischen Zwecken durchgeführten Reisetätigkeit in ein anderes Land steht zu besorgen, dass umfangreiche und von den Strafverfolgungsbehörden mit hohem Sach- und Personaleinsatz geführte Ermittlungen wegen fehlender Beweisbarkeit der entsprechenden Absichten in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle erfolglos verlaufen würden.

X Bremen, Thüringen und Schleswig-Holstein